

Stadtverordnetenversammlung am 20.05.2021

TOP 19 - Neufassung der Gebühren- und Benutzungssatzung der Stadt Reinbek über die Benutzung der Volkshochschule Sachsenwald Rede von Malte Harlapp, StV B90/GRN

Sehr geehrte stellv. Bürgervorsteherin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Austausch in den letzten Monaten rund um die Gebühren- und Benutzungssatzung der Volkshochschule war sehr intensiv. In zwei Sitzungen des Ausschusses für Jugend, Sport u. Kultur haben die Fraktionen um verschiedenste Lösungsansätze gerungen. Ich möchte mich sehr herzlich für den Austausch - insbesondere in Zeiten der Pandemie - bei Ihnen allen bedanken; die vielen Gespräche haben mir geholfen, Ihre Argumente besser nachzuvollziehen. Ich würde die Behauptung aufstellen, dass jede Fraktion versucht hat mit Ihrer Haltung die Volkshochschule in ihrer Entwicklung positiv zu unterstützen.

Doch wie sieht unser Versuch - unsere GRÜNE Haltung zur Volkshochschule aus?
Auf welcher Basis haben wir in der Fraktion diskutiert?

Die GRÜNE Fraktion stand am Anfang der Debatte gegen die eingebrachte Verwaltungsvorlage aufgrund der allgemeinen Gebührenerhöhung, da wir zu dem Defizit, welches die Volkshochschule jährlich aufweist stehen und diese freiwillige Leistung bewusst als Stadt bzw. als GRÜNE Fraktion mittragen. Für die Bürgerinnen und Bürger möchte ich dabei betonen, dass unsere Haltung in der Sache nicht neu ist und wir schon in der Vergangenheit Gebührenerhöhung/ Verteuerungen abgelehnt haben.

Gewundert hat sich unsere Fraktion aber, dass zwischen den beiden Ausschussterminen im März und April ohne weitere Ankündigung (Donnerstags-Rotpost / Donnerstags-E-Mail / Ausschuss-E-Mail-Verteiler) die Änderung der Vorlage von 2021/50/004 auf 2021/50/012 erfolgt ist. Das war so nicht abgesprochen; die CDU-Fraktion hatte lediglich Beratungsbedarf angemeldet. Wir bitten, dass bei solchen Satzungsanpassungen insbesondere ein bearbeitbares Textdokument verteilt wird, wo Änderungsanträge, wie wir sie heute behandeln und nachträgliche Änderungen der Verwaltung im Kommentarmodus erfolgen. So lässt sich der Vorgang wesentlich geordneter und transparenter

betrachten.

Doch uns GRÜNEN war klar, dass wir in der Sache auf die Verwaltung, aber eben auch auf Sie zugehen möchten. Der Gebührenteil, welche durch die Vorlage 2021/50/004 zu geschätzten Mehreinnahmen von jährlich rund 36.000 € führt, schien ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Nach Rücksprache mit dem Seniorenbeirat, dem Jugendbeirat und dem Freundeskreis der Volkshochschule bildet diese Vorlage eine maßvolle Gebührenerhöhung ab, die wir Ihnen heute vorschlagen möchten. Nach Sichtung des Armutsbericht müssen wir jedoch festhalten, dass wir heute eigentlich über kostenlose Bildung sprechen müssten. Wir bitten die Verwaltung im Rahmen des Monitoring für den Armutsbericht insbesondere auf die Neuregelung der Ermäßigung zu blicken. In der gewählten rechtlich-abschließenden Formulierung fallen bspw. Seniorinnen und Senioren heraus, die keine Wohngeld erhalten, aber nur eine sehr niedrige Rente verfügen.

Das andere Fraktionen aber die finanzielle Situation der Stadt Reinbek anders bewerten und daher eine höhere Gebührenerhöhung wie in der Vorlage 2021/50/012 (ca. 46.000 €) bzw. nach der Beschlusslage im Jugend-, Sport- u. Kulturausschuss noch höhere Gebührenerhöhung (ca. 93.000 €) befürworten - können und wollen wir heute im Ergebnis nicht mittragen. Wir freuen uns jedoch sehr, dass Forum21 uns im Voraus Unterstützung in der Sache zugesichert hat. Herzlichen Dank dafür.

Wenn der Jugend-, Sport- u. Kulturausschuss keine Ehrenrunde drehen soll, bitte ich die übrigen Stadtverordneten unseren Änderungsantrag zuzustimmen und die weiteren Änderungsanträge entsprechend abzulehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Malte Harlapp